

Er ist wieder da ! Goebbels in Brüssel !

Dirk Schrader

Mein Großvater pflegte oft zu sagen: „Kinder, Kinder – Geschichte wiederholt sich doch!“
Nur 60 Jahre nach dem Untergang des „Dritten Reichs“ ist es offenbar: Es stimmt, was
Großvater sagte.

In Brüssel hat sich genau die Verbrecherbande etabliert, die sich einst
Propagandaministerium nannte. Heute heißt sie wohl „Wahrheitsministerium“ - frei nach
George Orwell, ohne moralischen und rechtlichen Kompass. Lesen Sie, was am 29. Mai
2026 auf der Titelseite meiner Tageszeitung *junge Welt* („Sie lügen wie gedruckt. Wir
drucken wie sie lügen.“) zu finden ist:

Sippenhaftung

Nick Brauns

Die Daumenschrauben für den deutschen Journalisten Hüseyin Dogru wurden abermals
angezogen. Denn in dieser Woche wurde auch das Bankkonto seiner pensionierten Mutter
mit der Behauptung eingefroren, Dogru habe ein „Kontrollverhältnis“ über ihre Ersparnisse.
Vorübergehend war bereits das Konto seiner Ehefrau von einer „Zentralstelle für
Sanktionsdurchsetzung“ (früher nannte man so etwas wohl Gestapo (DS)) gesperrt
worden.

Seit einem Jahr steht der in Berlin lebende frühere Betreiber des Medienprojektes *Red*
unter dem absurden Vorwurf auf der Russland-Sanktionsliste der EU, er habe mit seinen
Berichten über palästinasolidarische Proteste „ethische, politische und religiöse
Zwietracht“ gesät und damit die „destabilisierenden Aktivitäten Russlands“ unterstützt.
Beweise blieb die EU schuldig, es gab weder Anklage noch Verurteilung.

Die bürgerliche Existenz von Dogru wird durch den Entzug finanzieller Mittel, faktisches Arbeitsverbot und Reisesperre vernichtet. Da selbst Lebensmittelspenden als Sanktionsbruch geahndet werden, wird die Familie mit ihren drei kleinen Kindern systematisch ins Elend getrieben. Das ist schlicht Sippenhaftung. Doch solche Kollektivbestrafung ist verboten und wurde in Deutschland zuletzt unter dem Faschismus praktiziert.

In der vergangenen Woche startete zum Jahrestag der Sanktionierung eine von Politikern, Künstlern und anderen Prominenten aus dem In- und Ausland unterstützte Solidaritätskampagne mit Dogru. Selbst die Fraktion Die Linke ist endlich aufgewacht und fordert in einem Antrag die Bundesregierung auf, sich für die Rücknahme des EU-Sanktionsbeschlusses gegen sogenannte Desinformationsakteure sowie für die Streichung von Dogru und anderen Betroffenen von den Listen einzusetzen.

Weiterhin keine Reaktion erfolgte dagegen von der Deutschen Journalistinnen- und Journalistenunion in der Gewerkschaft Verdi, deren Mitglied Dogru ist. Und bis auf sehr wenige Ausnahmen weigern sich deutsche Zeitungen und Sender, über die Drangsalierung eines Journalistenkollegen zu berichten. Dieser vorausseilende Gehorsam gegenüber dem Wahrheitsregime von EU und Bundesregierung könnte die Kolleginnen und Kollegen noch einmal teuer zu stehen kommen. Denn mit Dogru wird ein Präzedenzfall geschaffen, um in Zeiten russophober Kriegsertüchtigung und genozidaler Staatsräson abweichende Stimmen als vermeintliche Desinformation zu sanktionierten und auf Linie zu zwingen.